

Newsletter 03/09



Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus

Der globale Wirtschaftseinbruch erfasst die stark exportorientierte Schweiz mit voller Wucht. Anstelle von überschüssenden Konjunkturprogrammen ist eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik gefordert. Den protektionistischen Tendenzen muss konsequent entgegengetreten werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, geschlossen und dezidiert die nationalen Interessen zu vertreten. [mehr »](#)

BVG-Umwandlungssatz senken – zweite Säule nachhaltig sichern

economieuisse unterstützt die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Ein tieferer Umwandlungssatz trägt massgeblich zur nachhaltigen Sicherung der zweiten Säule bei, weil er der steigenden Lebenserwartung und den tatsächlich möglichen Renditeaussichten Rechnung trägt. [mehr »](#)

Grafik des Monats: komplexe und intransparente Verkehrsfinanzierung

Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern

Der Bundesrat hat Ende Januar 2009 eine neue Vorlage zur Familienbesteuerung in die Vernehmlassung geschickt, da ein grundlegender Systemwechsel derzeit keine politische Mehrheit finden würde. economiessuisse begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, welche gezielt Familien mit Kindern entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. [mehr »](#)

Schengen: Vollständige Umsetzung auch an den Flughäfen

Seit dem 12. Dezember 2008 ist die Schweiz Teil des Schengen-Raumes. Damals wurden im Landverkehr die systematischen Personenkontrollen an den Schweizer Grenzen aufgehoben. Nun folgt die Umsetzung an Flughäfen. Für Passagiere innerhalb der Schengen-Staaten entfällt ab dem 29. März 2009 die Passkontrolle. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: François Baur – willkommen und viel Glück!

Postmarktöffnung – quo vadis?

Nach der Postreform von 1998 wurden schwierige Zeiten vorausgesagt. Substitutionsprozess, Marktöffnung und teure Grundversorgung hiessen die Herausforderungen. Doch das Postgeschäft entwickelt sich gut – zumindest für die Schweizerische Post. [mehr »](#)

Stellungnahme zur Via sicura

Mitte März ist die Vernehmlassungsfrist zur Via sicura, dem Handlungsprogramm für mehr Sicherheit im Strassenverkehr, abgelaufen. economiessuisse unterstützt im Grundsatz die Absichten zur Stärkung der Sicherheit, plädiert aber für verhältnismässige Massnahmen. Die Finanzierung über die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer wird klar abgelehnt. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Zweite Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission Schweiz–Brasilien

Für die Schweizer Wirtschaft sind die südamerikanischen Märkte wichtig. Diese entwickeln sich aber in wirtschaftspolitischer Hinsicht sehr unterschiedlich, wie die Beispiele Venezuela und Brasilien zeigen. Mitte März wurden in beiden Staaten im Rahmen der jeweiligen gemischten Wirtschaftskommissionen bilaterale Anliegen und Probleme der Unternehmen direkt angesprochen. [mehr »](#)

Schleichender Protektionismus: Das OECD Investment Committee ist gefordert

Die Tendenz, protektionistische Massnahmen gegen ausländische Direktinvestoren zu ergreifen, droht den wohl wichtigsten Wachstumsmotor der Weltwirtschaft stark in Mitleidenschaft zu ziehen. Die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen sind in den vergangenen 30 Jahren stärker gewachsen als der Welthandel. [mehr »](#)

KMU-Portrait: Plastoil. Plastik wird zu Öl.

Ausblick auf die internationalen Klimaverhandlungen

Das Kyoto-Protokoll läuft 2012 aus. Die USA sind unter Präsident Obama wieder am Verhandlungstisch. Die Emissionen von Schwellen- und Entwicklungsländern übertreffen mittlerweile jene der Industrieländer. Wie schnell die Verhandlungen vorankommen und wohin die Reise geht, ist schwer abschätzbar. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiessuisse

Stopp den Steuer- und Gebührenerhöhungen!

Die Situation ist paradox: Der Fantasie für neue, ausgabenseitige Ideen von Konjunkturprogrammen sind keine Grenzen gesetzt. Gleichzeitig beabsichtigen der Staat und die staatsnahen Betriebe im konjunkturpolitisch ungünstigsten Moment ungeniert Steuer-, Gebühren- und Tarifierhöhungen. Die SBB hatten ein spätes Einsehen, der Post musste der Preisüberwacher unter Druck von economiessuisse auf die Sprünge helfen. Auch die SRG-Direktion liebäugelt weiterhin mit Gebührenerhöhungen, anstatt notwendige Strukturbereinigungen voranzutreiben.

Und auch die befristete MWST-Erhöhung zur Finanzierung der IV kommt mit dem geplanten Inkraft-treten per 1. Januar 2010 konjunkturpolitisch zum dümmsten Zeitpunkt. Es geht dabei doch um 1,2 Mrd. Franken Steuererhöhung pro Jahr! Die noch einigermaßen robuste Inlandnachfrage würde dadurch erheblich geschwächt.

Die Liste könnte mit Erhöhung der CO₂-Abgabe, Wasserzinsen, drohenden Lohnprozenten für die EO und anderem mehr beliebig verlängert werden. Im aktuellen Umfeld sind Steuer- und Gebührenerhöhungen für Konsum und Investitionen kontraproduktiv und schaden dem Wirtschaftsstandort.

Keine neuen Hindernisse im Warenverkehr Schweiz–EU

Die Schweiz und die EU haben die Verhandlungen über die sogenannte „24-h-Regel“ abgeschlossen und das Güterverkehrsabkommen paraphiert. Im bilateralen Handel wird auf eine obligatorische Vorausanmeldung verzichtet. Eine Beeinträchtigung des Warenverkehrs sowie Behinderungen an der Grenze werden dadurch vermieden. [mehr »](#)

Bahn 2030 – Wirtschaft schlägt neues Finanzierungskonzept vor

Das Eisenbahnnetz wird weiter ausgebaut. Für die Bahn 2030 sind Investitionen bis 21 Mrd. Franken angekündigt. Damit sinnvolle Projekte zeitgemäss finanziert und realisiert werden können, schlägt economiesuisse ein neues Finanzierungskonzept vor. [mehr »](#)

Appell der ICC an die G-20: Wehret dem Protektionismus

Um die Weltfinanzkrise zu überwinden, müssen alle Länder den wachsenden protektionistischen Druck entschlossen bekämpfen und die multilaterale Zusammenarbeit vertiefen. [mehr »](#)

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 21 Seiten, 315 KB)

Agenda

- 22.04. Liberale Wirtschaftspolitik im Gegenwind - Lehren aus der Wirtschaftskrise
- 02.06. Vernehmlassung Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG)
- 04.09. Tag der Wirtschaft

Publikationen

- » dossierpolitik Reform der Familienbesteuerung: neue Vernehmlassung
- » Medienmitteilung: Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus
- » Medienmappe: Jahresmedienkonferenz: Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus
- » economiesuisse Jahresbericht 2008/2009
- » Medienmitteilung: Wettbewerb im Alpentransit muss erhalten bleiben - zur Vorauswahl von Partnern für SBB-Cargo
- » Medienmitteilung: Für eine steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern
- » Medienmitteilung: Verursachergerechtere Verkehrsfinanzierung statt Steuererhöhungen
- » Medienmitteilung Abstimmungsparolen: drei Mal Ja, ein Mal Nein
- » Positionspapier: Resolution zur Verteidigung von Schweizer Standortinteressen
- » Positionspapier: Resolution to defend Switzerland as a Location for Business
- » Medienmitteilung: Wirtschaftsstandort Schweiz verteidigen - Interessen von Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz wahren
- » Medienmitteilung: Philip Morris International und Sunrise neu Mitglied von economiesuisse
- » dossierpolitik Agrarfreihandelsabkommen mit der EU
- » Medienmitteilung: Marktöffnung bringt Tarife unter Druck - economiesuisse zu den angekündigten Tarifsenkungsmassnahmen der Post
- » Medienmitteilung: Keine neuen Hindernisse an der Grenze zur EU - economiesuisse begrüsst Einigung über die „24-Stunden-Regel“
- » Medienmitteilung: economiesuisse lehnt SGB-Massnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur ab
- » Medienmitteilung: Wirksamer Klimaschutz ohne Experimente
- » Medienmitteilung: Klare Regeln für einen dynamischen Wettbewerb - economiesuisse präsentiert Evaluation des Kartellgesetzes
- » Medienmappe: Klare Regeln für einen dynamischen Wettbewerb - economiesuisse präsentiert Evaluation des Kartellgesetzes
- » Studie: Unternehmen im Wettbewerb - Evaluation des Kartellgesetzes
- » Medienmitteilung: Bankkundengeheimnis - Kooperation, aber international gleich lange Spiesse
- » Medienmitteilung: Arbeitsplätze nicht mutwillig vernichten - economiesuisse begrüsst die Ablehnung der GSoA-Initiative durch den Nationalrat



Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus

15.04.2009 16:00

Der globale Wirtschaftseinbruch erfasst die stark exportorientierte Schweiz mit voller Wucht. Anstelle von überschüssenden Konjunkturprogrammen ist eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik gefordert. Den protektionistischen Tendenzen muss konsequent entgegengetreten werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, geschlossen und dezidiert die nationalen Interessen zu vertreten.



Nachdem das vergangene Jahr zu einem „Annus horribilis“ für die Finanzbranche geworden ist, wird dies für 2009 für weite Teile der Industrie gelten. Für economiesuisse-Präsident Gerold Bühler ist klar: „Gerade für eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz muss der Fokus nach wie vor auf einer langfristig orientierten Wachstumspolitik liegen.“ Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Vertrauen in die Institutionen wieder gestärkt wird.

Für economiesuisse gelten darum folgende Prioritäten:

- Aussenwirtschaftlich stehen die Umsetzung des bilateralen Wegs mit der EU, weitere Freihandelsabkommen mit wichtigen Drittstaaten sowie im Rahmen der WTO entschiedenes Engagement gegen aufkeimenden Protektionismus im Vordergrund.
- Im Bildungs- und Forschungsbereich müssen ETH und Fachhochschulen gestärkt und dabei insbesondere die Naturwissenschaften und technischen Richtungen gefördert werden.
- Eine preislich kompetitive und umweltfreundliche Energieversorgung bedarf unter anderem eines zeitgerechten Ersatzes auslaufender Kernkraftwerke.
- Wettbewerbspolitisch sind weitere Märkte zu öffnen.
- Im Steuerbereich sind die Interessen der Schweiz entschieden zu verteidigen.

Dass die Schweiz trotz ihrer Zugeständnisse im Bereich des Bankkundengeheimnisses auf einer nach willkürlichen und fragwürdigen Kriterien zusammengestellten grauen Liste fungiert, erachtet Bühler als inakzeptabel.

Pascal Gentinetta kritisiert den internationalen konjunkturpolitischen Aktionismus. Der Direktor von economiesuisse warnt davor, die Fehler des Auslands zu kopieren. Viele politisch erzwungene Konjunkturprogramme verpufften oder seien gar kontraproduktiv, wenn sie ungezielt, verspätet oder strukturerhaltend ausgerichtet sind. Eine präventive Geldpolitik, automatische Stabilisatoren sowie der Verzicht auf prozyklische Steuer- und Abgabenerhöhungen wie z.B. bei der geplanten MWST-Erhöpfung für die IV sind gemäss Gentinetta die geeignetsten Mittel in der gegenwärtigen Lage. Das stufenweise Vorgehen des Bundesrats sei absolut korrekt. „Die Aushebelung der Schuldenbremse, die zur Uferlosigkeit nach ausländischem Muster führt, wird von uns entschieden bekämpft“, betont Gentinetta.

Entscheidender als Konjunkturprogramme ist insbesondere für die Exportwirtschaft und KMU ein weiterhin ungestörter Zugang zu Kapital. Dabei gilt es, die Entwicklung auf dem Kreditmarkt sorgfältig zu beobachten.

Zur konjunkturellen Lage

Nach dem starken, exportbedingten Abschwung in diesem Jahr wird zunehmend auch die Binnenkonjunktur vom Rückgang erfasst. Auch der Finanzindustrie dürften weitere Korrekturen bevorstehen. Entscheidend für einen Aufschwung bleibt der Wirtschaftsverlauf in den USA. Die weltweit steigende Arbeitslosigkeit belastet den Konsum und damit auch die exportorientierte Schweizer Wirtschaft. Rudolf Minsch, Chefökonom von economiesuisse, verdeutlicht: „Die Schweiz muss sich darauf einstellen, dass die Wachstumsraten während mehr als zweier Jahre tief bleiben werden.“

Weitere Informationen:



[Medienmitteilung](#)



[Medienmappe](#) (enthält die Medienmitteilung, die Referate von R. Minsch, G. Bühler und P. Gentinetta, die Resolution zur Verteidigung von Schweizer Standortinteressen, das Faktenblatt zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, die Folien der Gesamtpräsentation sowie den Jahresbericht 2008/2009 von economiesuisse.)



[economiesuisse Jahresbericht 2008/2009](#)

[Video-Statement P. Gentinetta](#)

[Video-Statement R. Minsch](#)

BVG-Umwandlungssatz senken – zweite Säule nachhaltig sichern



15.04.2009 16:00

economiesuisse unterstützt die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Ein tieferer Umwandlungssatz trägt massgeblich zur nachhaltigen Sicherung der zweiten Säule bei, weil er der steigenden Lebenserwartung und den tatsächlich möglichen Renditeaussichten Rechnung trägt.

economiesuisse befürwortet die Anpassung des BVG-Mindestumwandlungssatzes auf 6,4 Prozent. Die zweite Säule des bewährten schweizerischen Vorsorgesystems soll weiterhin so funktionieren, dass jeder Versicherte als Rentner so viel beziehen kann, wie er auch angespart hat. Die in der zweiten Säule systemfremde Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Pensionierten muss gestoppt werden. Die Rentenversprechen müssen auf einer langfristig soliden Kapitalrendite basieren. Nur so kann die zweite Säule langfristig gesichert werden.

Heute weisen sechs von zehn Vorsorgeeinrichtungen eine Unterdeckung auf. Ein Drittel von ihnen sogar einen Deckungsgrad von unter 90 Prozent. Der vom zu hohen Umwandlungssatz verursachte Umverteilungseffekt bringt das System der beruflichen Vorsorge bereits in Schieflage, die Entwicklungen auf dem Aktienmarkt verschärfen die Situation zusätzlich. Denn ein hoher Umwandlungssatz basiert auf einer hohen Renditeerwartung.

Vorsorgeeinrichtungen müssen also risikoreich investieren, um diese Rendite zu erreichen. Im schlimmsten Fall ist das mit hohen Verlusten verbunden. Der zu hohe Umwandlungssatz führt dazu, dass heute mehr ausbezahlt wird als einbezahlt wurde. Er höhlt somit die zweite Säule aus und führt zu einer versteckten Umverteilung zwischen den Erwerbstätigen und den Rentnern. Die Solidarität zwischen Jung und Alt wird dadurch unnötig strapaziert. Ohne Anpassung des Umwandlungssatzes wären Vorsorgeeinrichtungen gezwungen, Leistungen zu kürzen oder zusätzliche Beiträge zu verlangen. Das liegt nicht im Interesse der Erwerbstätigen.

Weitere Informationen:

marialuisa.leanza@economiesuisse.ch

Grafik des Monats: komplexe und intransparente Verkehrsfinanzierung



15.04.2009 16:00

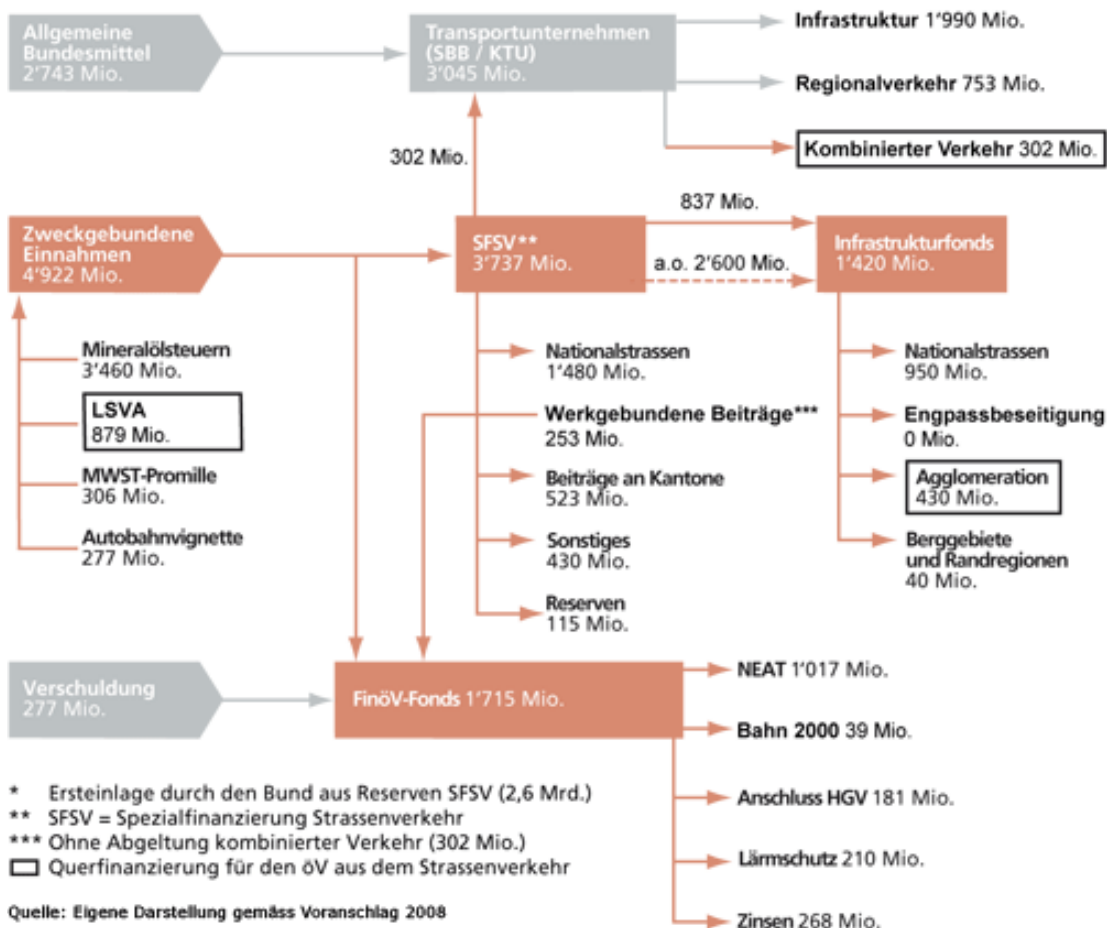
Der Verkehr ist das zweitgrösste Aufgabengebiet des Bundes. Allein für den Strassen- und Schienenverkehr werden jährlich 8 Mrd. Franken ausgegeben. Die heutige Finanzierung ist komplex und undurchsichtig. Ein Wechsel in Richtung einer verursachergerechten Finanzierung ist deshalb angezeigt.

Die Verkehrsausgaben des Bundes sind in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen und belaufen sich auf 15 Prozent des Bundeshaushalts. Von diesem Anteil entfallen rund 90 Prozent oder 8 Mrd. Franken auf den Strassen- und Schienenverkehr. Der Bereich Verkehr stellt damit nach der Sozialen Wohlfahrt das zweitgrösste Aufgabengebiet des Bundes dar.

Die heutige Finanzierung ist sehr komplex

Die Ausgaben des Bundes für den Verkehr werden hauptsächlich über zweckgebundene Einnahmen finanziert. Haupteinnahmequellen sind dabei die Mineralölsteuern, gefolgt von der LSVA, dem MWST-Promille und der Autobahnvignette. Über allgemeine Bundesmittel fliessen zudem fast 3 Mrd. Franken pro Jahr an die SBB und an konzessionierte Unternehmen für die Infrastruktur, die Abgeltung des Regionalverkehrs und den kombinierten Verkehr. Ein weiterer Teil wird über Verschuldung (Bevorschussung für den FinöV-Fonds) finanziert. Über die beiden Fonds werden bis 2030 über 50 Mrd. Franken in neue Verkehrsinfrastrukturen investiert.

Finanzierungsflüsse des Strassen- und Schienenverkehrs auf Bundesebene (2008)



Fast 2 Mrd. Franken von der Strasse zur Schiene

Neben den zahlreichen Finanzierungsquellen und Ausgabenposten trägt vor allem auch der Transfer aus dem Strassenverkehr zu den anderen Verkehrsträgern im Umfang von fast 2 Mrd. Franken zur Komplexität der Verkehrsfinanzierung bei. So flossen im letzten Jahr aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr 302 Mio. Franken für den kombinierten Verkehr zu den Transportunternehmen (inkl. Anschlussgleise, Autoverlad, Verkehrstrennung). 253 Mio. Franken wurden für einen Viertel des Jahresaufwands der NEAT verwendet, weitere 430 Millionen kamen über den Infrastrukturfonds dem Agglomerationsverkehr zugute, wovon in erster Linie Schienen- und Traminfrastrukturen profitierten. Der Anteil des Bundes an der LSVa (879 Mio. Franken) floss direkt in den FinöV-Fonds. Die ausserordentliche Einlage in den Infrastrukturfonds von 2,6 Mrd. Franken wurde aus den Reserven der Spezialfinanzierung Strassenverkehr finanziert.

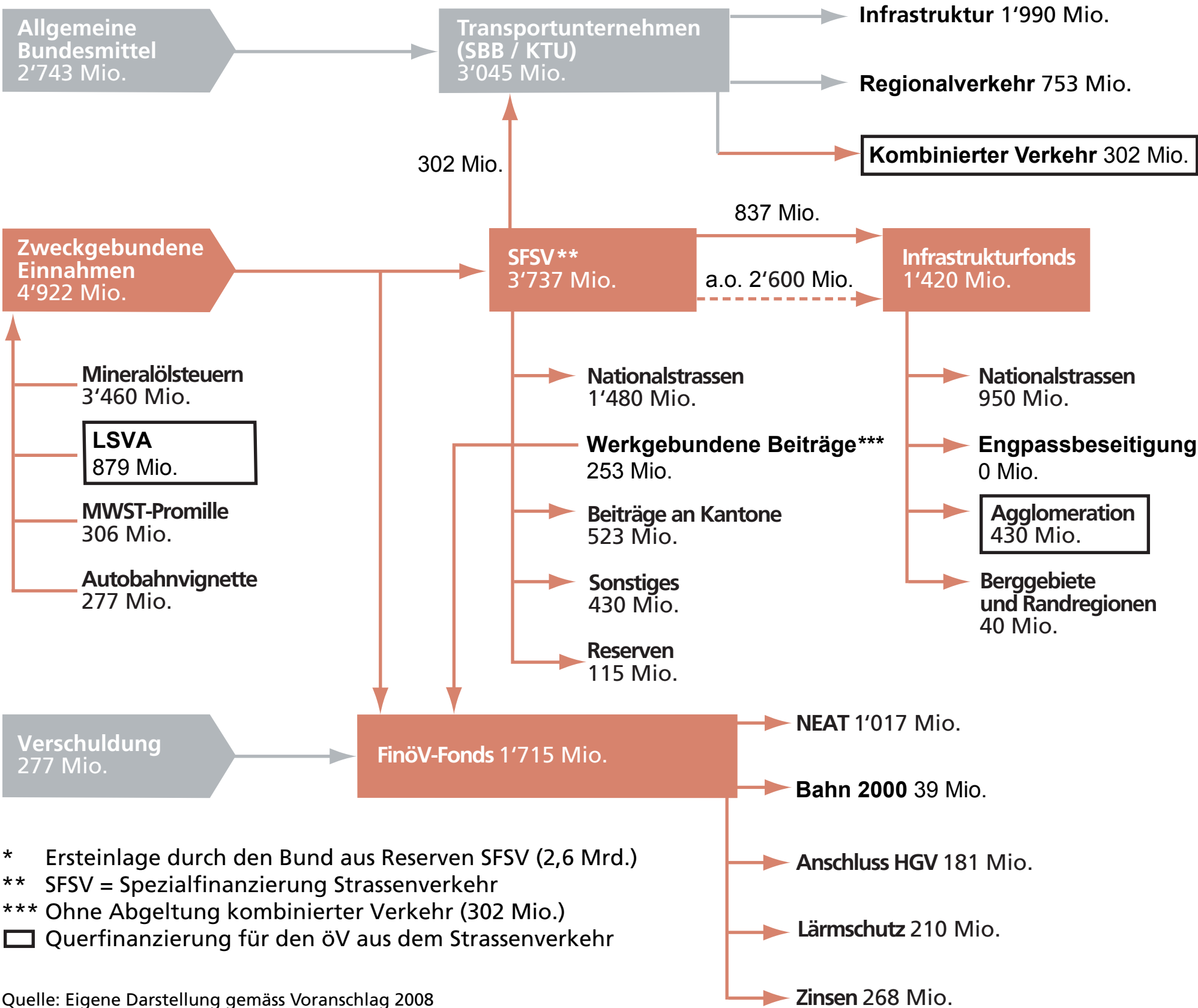
Verursachergerechte Finanzierung als Grundprinzip

Die bestehende, unüberschaubare Verkehrsfinanzierung muss korrigiert werden. Im Kern eines neuen Konzepts sollte das Prinzip einer verursachergerechten Finanzierung stehen. Damit werden die Finanzflüsse zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern voneinander getrennt und falsche Anreize vermieden.

Weitere Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

Finanzierungsflüsse des Strassen- und Schienenverkehrs auf Bundesebene (2008)





Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern

15.04.2009 16:00

Der Bundesrat hat Ende Januar 2009 eine neue Vorlage zur Familienbesteuerung in die Vernehmlassung geschickt, da ein grundlegender Systemwechsel derzeit keine politische Mehrheit finden würde. economiesuisse begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, welche gezielt Familien mit Kindern entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

In der neuen Vernehmlassungsvorlage schlägt der Bundesrat gezielte und partielle Massnahmen auf der Basis des geltenden Systems vor. Ziel der Reform ist eine Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit, insbesondere die Entlastung von Haushalten mit Kindern und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu werden zwei Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion gestellt: Erstens die Kombinationslösung, die eine Erhöhung des Kinderabzugs um 2000 Franken sowie die Einführung eines Abzugs für die Fremdbetreuungskosten von 12'000 Franken pro Kind beinhaltet. Zweitens ein Elterntarif, der neben dem Fremdbetreuungsabzug einen separaten dritten Tarif anstelle des höheren Kinderabzugs vorschlägt. Teil der Vorlage ist auch die Neuregelung der Besteuerung von Alleinerziehenden. – Die Vernehmlassung läuft noch bis am 15. April 2009.

economiesuisse steht hinter dem pragmatischen Lösungsansatz

Die Wirtschaft hat den Reformbedarf bei der Familienbesteuerung stets anerkannt. Angesichts der demografischen Alterung der Bevölkerung und der vermehrten Erwerbstätigkeit der Frauen liegen gezielte Reformschritte im Interesse der Wirtschaft. Der steile Tarifverlauf bei der Bundessteuer und die teilweise sehr hohen Grenzsteuersätze hemmen die Leistungsbereitschaft und erschweren die Ausschöpfung des in Zukunft knapper werdenden Humankapitals. Im Fokus der Reform stehen die stärkere Berücksichtigung der Kinderkosten sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Kombinationslösung ist effektiv und grundsätzlich zu unterstützen. Den alternativ zur Diskussion gestellten Elterntarif lehnt economiesuisse hingegen ab. Die Varianten des Elterntarifs würden das Steuersystem weiter verkomplizieren, im Vergleich zum Kinderabzug aber kaum andere Ergebnisse erzielen. economiesuisse begrüsst die kombinierten Abzüge, welche Lösungen dort anstreben, wo Handlungsbedarf besteht. Dabei sollten die Obergrenzen der Abzüge so angesetzt werden, dass die verfolgten Ziele mit einem möglichst geringen Erhebungsaufwand erreicht werden können. Der finanzielle Rahmen für andere Steuerreformen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz soll nicht kompromittiert werden.

Weitere Informationen:

christoph.schaltegger@economiesuisse.ch

brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch



Vernehmlassungsantwort

Schengen: Vollständige Umsetzung auch an den Flughäfen



15.04.2009 16:00

Seit dem 12. Dezember 2008 ist die Schweiz Teil des Schengen-Raumes. Damals wurden im Landverkehr die systematischen Personenkontrollen an den Schweizer Grenzen aufgehoben. Nun folgt die Umsetzung an Flughäfen. Für Passagiere innerhalb der Schengen-Staaten entfällt ab dem 29. März 2009 die Passkontrolle.

Die Schengen-Zusammenarbeit erleichtert den Reiseverkehr innerhalb der assoziierten Staaten. Systematische und verdachtsunabhängige Personenkontrollen werden mit dem Flugplan-wechsel ab dem 29. März 2009 auch an den Schweizer Flughäfen wegfallen. Wie an den Landesgrenzen bleiben aber auch da die Zollkontrollen bestehen. Was das Schweizervolk 2005 in einer Abstimmung befürwortet hat, wird nun vollends umgesetzt.

Die Wirtschaft profitiert vom erleichterten Reiseverkehr zwischen Schengen-Staaten. Mit der Teilnahme an Schengen verflüssigt sich der Grenzverkehr. Gleichzeitig besteht kein Risiko, dass unsere Nachbarstaaten neue, systematische Personenkontrollen an den Grenzen einführen. Ein solches Regime, das Schengen für ihre Aussengrenzen vorschreibt, hätte massive Behinderungen im Grenzverkehr zur Folge.

Ganz besonders wird der Tourismus von Schengen profitieren. Reisende mit einem Schengen-Visum können nun ohne zusätzliches Visum in die Schweiz einreisen. Das stärkt unseren Tourismus-Standort, insbesondere für Reisende aus den Wachstumsmärkten China, Indien und Russland. Gleichzeitig ergeben sich entsprechende Vorteile im Geschäftsverkehr.

Zu Schengen gehört auch die verstärkte Sicherheitszusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten. Die Fahndungsdatenbank SIS mit über 27 Millionen Datensätzen ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Die Schweiz hat seit August 2008 Zugang zu diesem System. Die Trefferquote mit durchschnittlich 25 Treffern pro Tag ist beachtlich.

Zur erhöhten Sicherheit gehört auch die Einführung von fälschungssichereren Pässen. Die Schweiz ist verpflichtet, bis am 1. März 2010 solche einzuführen. Neu ist, dass der biometrische Pass ein elektronisch gespeichertes Gesichtsbild sowie zwei Fingerabdrücke enthält. Die Schweizerinnen und Schweizer werden am 17. Mai 2009 über die Einführung solcher E-Pässe entscheiden. Ein Verzicht auf die neuen Pässe hätte eine Vertragsverletzung zur Folge. In letzter Konsequenz wäre damit die Teilnahme an Schengen infrage gestellt.

Weitere Informationen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch

Kolumne aus Brüssel: François Baur – willkommen und viel Glück!



15.04.2009 16:00

Am 10. März 2009 fand für François Baur, dem neuen Verantwortlichen der Geschäftsstelle von economiesuisse in Brüssel, ein Empfang statt. Aus diesem Anlass wurden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft ins Brüsseler Europaviertel eingeladen.

Der Begrüssungscocktail bot Gelegenheit, die wichtigsten Partner zu treffen, mit denen François Baur in seinem neuen Amt zusammenarbeiten wird. Jan Atteslander, Verantwortlicher für Aussenwirtschaftsfragen bei economiesuisse, betonte die Fähigkeiten des neuen Delegierten. Seine Laufbahn bei der EFTA und seine sprachlichen Kompetenzen, so Jan Atteslander, machen François Baur zum idealen Fürsprecher für die Interessen der schweizerischen Wirtschaft in Brüssel.

François Baur äusserte sich erfreut und begeistert über seine neuen Aufgaben. Er ergriff die Gelegenheit, den geladenen Gästen ein Themendossier über die Position der Schweiz zum Bankgeheimnis zu überreichen. Unter den einflussreichen anwesenden Persönlichkeiten waren der schweizerische Botschafter in Belgien Jean-Jacques de Dardel, der EFTA-Generalsekretär Kåre Bryn sowie die Minister Claude Wild und Hans-Peter Mock von der schweizerischen Vertretung bei der EU. – Wir sind überzeugt, dass François Baur in Brüssel hervorragende Arbeit leisten wird.



Postmarktöffnung – quo vadis?

15.04.2009 16:00

Nach der Postreform von 1998 wurden schwierige Zeiten vorausgesagt. Substitutionsprozess, Marktöffnung und teure Grundversorgung hiessen die Herausforderungen. Doch das Postgeschäft entwickelt sich gut – zumindest für die Schweizerische Post.

Die Meinung, das Postgeschäft sei rückläufig, defizitär und verfrage keinen Wettbewerb, ist immer noch stark verankert. Fünf Jahre nach der vollständigen Paketmarktöffnung und fast zwei Jahre nach der Senkung der Briefmonopolgrenze auf 100 Gramm lohnt es sich, einen Blick in den letzten Geschäftsbericht der Schweizerischen Post zu werfen. Daraus lässt sich Folgendes ableiten:

Briefgeschäft entwickelt sich besser als vermutet

Die von der Post beförderte Brief- und Zeitungsmenge ist in den letzten Jahren nicht geschrumpft, sondern leicht gestiegen. Zwischen 2000 und 2008 betrug der gesamte Zuwachs ein Prozent. Nur bei den adressierten Briefen ist die Menge rückläufig. Dank effizienteren Strukturen und Abläufen sowie einem umfassenden Monopol konnte zudem die Umsatzrendite im Briefgeschäft markant erhöht werden.

Stabile Marktanteile im Paketmarkt

Auch im geöffneten Paketmarkt ist der Schweizer Kunde fast unverändert der Schweizerischen Post treu geblieben. Diese beansprucht weiterhin drei Viertel des Paketmarktes für sich. Im Briefverkehr konnten sich die neuen Mitbewerber noch nicht auf dem Markt behaupten. Da mit der geltenden Monopolgrenze von 100 Gramm nur zehn Prozent des Briefmarktes geöffnet sind, war auch nichts anderes zu erwarten. Für die Belebung des Wettbewerbs müssen die noch einseitigen Privilegien zugunsten der Schweizerischen Post zwingend abgeschafft werden.

Hervorragende Ertragslage

Das Restmonopol wurde mit der Notwendigkeit der Finanzierung der Grundversorgung begründet. Heute ist aber klar: Die finanziellen Risiken der Marktöffnung wurden massiv überschätzt. Anstelle der erwarteten Verluste wurden satte Gewinne erzielt. Die Schweizerische Post konnte zwischen 2000 und 2008 ihren Gewinn versiebenfachen (825 Mio. Franken im Jahr 2008). Nachdem die überhöhten Briefftarife trotz markant höherer Produktivität nie gesenkt wurden, hat die Post diesen März erstmals Tarifsenkungen angekündigt. Es ist aus Sicht der Kunden zu hoffen, dass die für 2012 geplante vollständige Marktöffnung die Briefftarife weiter unter Druck setzen wird.

Weitere Informationen:

jan.perret-gentil@economieuisse.ch



Stellungnahme zur Via sicura

15.04.2009 16:00

Mitte März ist die Vernehmlassungsfrist zur Via sicura, dem Handlungsprogramm für mehr Sicherheit im Strassenverkehr, abgelaufen. economiesuisse unterstützt im Grundsatz die Absichten zur Stärkung der Sicherheit, plädiert aber für verhältnismässige Massnahmen. Die Finanzierung über die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer wird klar abgelehnt.

Mit der Umsetzung von Via sicura soll die Anzahl der im Strassenverkehr getöteten und schwer verletzten Personen innerhalb der nächsten zehn Jahre signifikant gesenkt werden. Die Vorlage besteht aus einem Paket von Regulierungen mit rund 60 Einzelmassnahmen. Zur Finanzierung wurden drei Varianten mit unterschiedlichen Kostenfolgen und unterschiedlicher Wirkung zur Diskussion gestellt: Alle vorgeschlagenen Finanzierungsvarianten sehen einen Zuschlag auf der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherungsprämie vor. Die teuerste Variante würde Zusatzbeiträge im Umfang von 300 Mio. Franken durch die Erhöhung des Zuschlags um 0,75 auf fünf Prozent und eine Zweckbindung von 50 Prozent der Einnahmen aus Verkehrsbussen generieren.

Augenmass gefordert

Die Wirtschaft unterstützt zielführende und effektive Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr. Dabei muss Via sicura aber berücksichtigen, dass die überwiegende Mehrheit der Verkehrsteilnehmer sich regelkonform verhält und die Sicherheit auf den Schweizer Strassen trotz höherem Verkehrsaufkommen in den letzten Jahrzehnten auch im internationalen Vergleich sehr gut ist.

Bezüglich der **Frage der Finanzierung** fordert die Wirtschaft eine Lösung ohne Gebührenerhöhung. Die in den drei Finanzierungsvarianten beabsichtigte Erhöhung des Prämienzuschlags über das heute gesetzlich mögliche Höchstniveau hinaus hätte eine weitere Verteuerung des bereits heute fiskalisch stark belasteten privaten Strassenverkehrs zur Folge. Denkbar ist eine Variante, welche nur die Zweckbindung der Einnahmen aus Verkehrsbussen enthält, eventuell in Kombination mit einem Beizug von Erträgen aus der Mineralölsteuer und Vignettenabgabe.

Bei den **Einzelmassnahmen** werden jene im betrieblichen und infrastrukturellen Bereich positiv beurteilt, die auf die Beseitigung notorischer Gefahrenquellen und Unfallschwerpunkte angelegt sind. Im Programm sind allerdings auch Massnahmen enthalten, die unverhältnismässig sind und daher breit abgelehnt werden. Zu nennen ist beispielsweise die Weiterbildungspflicht für alle Führerausweisinhaber alle zehn Jahre.

Weitere Informationen:

brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch



Vernehmlassungsantwort

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen



15.04.2009 16:00

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) ist der Branchendachverband der schweizerischen Elektrizitätsbranche. Neben seinem Hauptsitz in Aarau ist der VSE auch in der Romandie durch seine Niederlassung in Lausanne und durch enge Zusammenarbeit mit ESI im Tessin vertreten.

Der 1895 gegründete Verband vertritt rund 400 Branchenmitglieder, die über 90 Prozent der Schweizer Stromversorgung garantieren. Eine Branchenmitgliedschaft steht allen Unternehmen offen, die in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein elektrische Energie produzieren, übertragen und verteilen.

Der VSE setzt die gemeinsamen Anliegen der Elektrizitätsbranche auf nationaler Ebene um: Er tritt für gute energiepolitische Rahmenbedingungen im Sinne einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Stromversorgung ein. Der Verband dient der Elektrizitätsbranche auch als Informationsdrehscheibe und orientiert die Öffentlichkeit über die Stromwirtschaft. Zudem bietet er Dienstleistungen in Form von Produkten, Veranstaltungen und Kursen zu Vorzugsbedingungen für seine Mitglieder an. Insbesondere ist der VSE zusammen mit der Vereinigung von Firmen für Freileitungs- und Kabelanlagen mit der Berufsausbildung zum Netzelektriker bzw. zur Netzelektrikerin beauftragt. Daneben organisiert der Verband die Berufsprüfungen für KKW-Anlagenoperateure.

Weitere Informationen über den Verband und die Elektrizitätsbranche finden Sie unter www.strom.ch

Zweite Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission Schweiz–Brasilien



15.04.2009 16:00

Für die Schweizer Wirtschaft sind die südamerikanischen Märkte wichtig. Diese entwickeln sich aber in wirtschaftspolitischer Hinsicht sehr unterschiedlich, wie die Beispiele Venezuela und Brasilien zeigen. Mitte März wurden in beiden Staaten im Rahmen der jeweiligen gemischten Wirtschaftskommissionen bilaterale Anliegen und Probleme der Unternehmen direkt angesprochen.

In Venezuela wurden Mängel beim Patentschutz, massive Preisverzerrungen wegen der Devisenbewirtschaftung und die Enteignung von Holcim diskutiert. In Brasilien bestehen ebenfalls Probleme beim Patentschutz und bei der Registrierung von pharmazeutischen Produkten. Die Zölle sind nach wie vor relativ hoch und führen mit Abgaben, Spezial- und Umsatzsteuern zu hohen Inlandpreisen bei Importgütern. Viele dieser Instrumente wurzeln im wirtschaftspolitischen Ziel der Substitution von Importen, die den Aufbau einer heimischen Produktion ermöglichen sollen. Gleichzeitig beginnt sich in der brasilianischen Wirtschaft die Sichtweise durchzusetzen, dass dadurch die Wettbewerbsfähigkeit des brasilianischen Wirtschaftsstandorts beeinträchtigt wird.

Auch wenn Brasilien Anfang des Jahres einen Rückgang der Industrieproduktion um 17 Prozent erlitt, so wird das Land auch künftig ein wichtiger Handelspartner und Wirtschaftsstandort sein. Es ist daher für Schweizer Unternehmen sehr wichtig, dass die notwendigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen regelmässig auf Regierungsebene angesprochen werden.

Weitere Informationen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch



Schleichender Protektionismus: Das OECD Investment Committee ist gefordert

15.04.2009 16:00

Die Tendenz, protektionistische Massnahmen gegen ausländische Direktinvestoren zu ergreifen, droht den wohl wichtigsten Wachstumsmotor der Weltwirtschaft stark in Mitleidenschaft zu ziehen. Die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen sind in den vergangenen 30 Jahren stärker gewachsen als der Welthandel.

Ohne den freien Marktzugang für Investoren kommt der Aufbau globaler Geschäftsmodelle zum Erliegen. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung gingen verloren. Die OECD wurde deshalb Ende März aufgefordert, kurzfristige Stützungsmaßnahmen der heimischen Industrie und den Aufbau von administrativen Hindernissen gegen ausländische Investoren zu bannen. Diese Forderungen werden in einem offenen Brief der China Mergers & Acquisitions Association (CMAA) an die OECD gestellt. CMAA ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation.

Die OECD ist für den Kampf gegen den Protektionismus im Bereich der Direktinvestitionen prädestiniert. Als einzige internationale Organisation auf diesem Gebiet verfügt sie über rechtlich verbindliche Instrumente, die den diskriminierungsfreien Marktzugang für Direktinvestitionen absichern. Das zuständige „Investment Committee“ der OECD steht daher vor einer entscheidenden Aufgabe.

Für die Schweizer Wirtschaft mit über 5000 Unternehmen, die Direktinvestitionen tätigen, ist der freie Marktzugang existenziell. Die Schweiz ist mit einem Kapitalbestand von über 700 Mrd. Franken der weltweit 13. grösste Direktinvestor.

Weitere Informationen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch



KMU-Portrait: Plastoil. Plastik wird zu Öl.

15.04.2009 16:00

Aus Öl wird Plastik, der irgendwann weggeworfen und verbrannt wird. Bei der Firma Plastoil im zugerischen Baar wird aus dem Abfallstoff Plastik wieder Öl. Das preisgekrönte Plastik-Recycling-System ermöglicht einen ökologisch und ökonomisch sinnvollen Umgang mit einem wertvollen Abfallprodukt.

Das Konzept von Plastoil ist einfach: Plastikabfall aus Bau, Gewerbe und Industrie, der nicht mehr wiederverwertet werden kann, wird gesammelt und wieder zu Öl verarbeitet, also zu dem Produkt, aus dem er ursprünglich gefertigt wurde. Bei Plastoil wird aus Industrieabfall Heizöl der Sorte „extra leicht“. Das ganze Verfahren besticht durch einen hohen energetischen Wirkungsgrad und durch geringfügigen Eigenverbrauch. Joe Imgrüth, Geschäftsführer von Plastoil und Leiter Entsorgung bei der Muttergesellschaft Risi AG, erklärt: „Wir sind schon lange im Bereich Abfallentsorgung tätig und haben eine Lösung für die energiereichen Plastikabfälle, die bei unseren Kunden anfallen, gesucht. Die Idee mit der Verölung hat uns überzeugt und wir haben sie ohne gross zu zögern umgesetzt.“ Eine Pilotanlage wurde denn auch gar nicht erst gebaut. „Wir haben einfach an unser Konzept geglaubt und etwas gewagt.“ Zwei Jahre nach der Gründung der Plastoil AG erhielt das Unternehmen 2006 den Innovationspreis des Kantons Zug. Seither ist das Interesse ungebrochen: Besucher aus aller Welt lassen sich durch die innovative Anlage führen.

Wie auf einem Dampfschiff

Voraussetzung für das erfolgreiche Betreiben der Verölungsanlage sind ein gutes Abfallsammelsystem und eine sorgfältige Sortierung des Plastiks. Die Grobsortierung erfolgt von Hand. Daneben verfügt das Unternehmen über eine moderne Sortieranlage mit Infrarottechnologie, mit der nicht brauchbare Kunststoffe ausgeschieden werden. Zurzeit sind fünf Mitarbeiter mit dem Betrieb und der Überwachung der Verölungsanlage beschäftigt. „Für diese Pionieranlage braucht es sehr viel Herzblut. Es ist wie auf einem Dampfschiff: Wer hier arbeitet, muss die Anlage hören und fühlen – und vor allem daran glauben“, sagt Imgrüth. Befragt nach den Zukunftsaussichten gibt sich Imgrüth bescheiden. Ziel ist es, zwei bis drei Standorte in der Schweiz zu haben. Eine Expansion ins Ausland ist nicht geplant. „Man muss die lokalen Spielregeln kennen. Die sind in der Schweiz ja schon von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Ausserdem muss ein Bewusstsein für den Umgang mit Abfall vorhanden sein. Da ist die Schweiz vielen andern Ländern weit voraus.“

Weitere Informationen:

www.plastoil.ch

Ausblick auf die internationalen Klimaverhandlungen



15.04.2009 16:00

Das Kyoto-Protokoll läuft 2012 aus. Die USA sind unter Präsident Obama wieder am Verhandlungstisch. Die Emissionen von Schwellen- und Entwicklungsländern übertreffen mittlerweile jene der Industrieländer. Wie schnell die Verhandlungen vorankommen und wohin die Reise geht, ist schwer abschätzbar.

Eines ist klar: Einfach werden die Verhandlungen nicht sein. Erstens werden die Länder, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, neue Zielsetzungen definieren und einige Verbesserungen am Protokoll vornehmen müssen. Die Reduktionspflicht liegt weiterhin bei den Industrieländern, den Annex-1-Ländern des Kyoto-Protokolls. Zweitens werden sich die USA unter der UNO-Rahmenkonvention einklinken und sich ebenfalls zu nationalen Reduktionsmassnahmen äussern müssen. Eine aktivere Rolle soll dabei auch den Schwellenländern China und Indien zugewiesen werden. Deren Unterstützung dürfte allerdings von der Bereitstellung neuer Technologien und einer grosszügigen finanziellen Unterstützung abhängen. Wie solch divergierende Vorstellungen und Zielsetzungen unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der nächsten Jahre zu einem neuen Abkommen führen sollen, kann derzeit niemand beantworten.

Es ist durchaus möglich, dass sich die unter dem Kyoto-Protokoll verpflichteten Länder im Dezember 2009 in Kopenhagen auf ein neues Ziel einigen könnten. Ohne gleichzeitige Zugeständnisse der USA und der wichtigen Schwellenländer wäre jedoch kaum etwas gewonnen. Eine einseitige Lastenverschiebung auf Europa und Japan und der damit verbundene Druck auf deren Industrien und Arbeitsplätze würden kaum akzeptiert. In Kopenhagen dürften somit am ehesten eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls und ein Fahrplan für weitere Verhandlungen in den Folgejahren beschlossen werden.

Weitere Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch



Keine neuen Hindernisse im Warenverkehr Schweiz–EU

15.04.2009 16:00

Die Schweiz und die EU haben die Verhandlungen über die sogenannte „24-h-Regel“ abgeschlossen und das Güterverkehrsabkommen paraphiert. Im bilateralen Handel wird auf eine obligatorische Vorausanmeldung verzichtet. Eine Beeinträchtigung des Warenverkehrs sowie Behinderungen an der Grenze werden dadurch vermieden.

Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 lancierten die USA unilateral mehrere Programme, um den internationalen Warenhandel stärker zu überwachen. Als Reaktion hat auch die EU ihren Zollkodex mit Sicherheitsmassnahmen ergänzt. Unter anderem müssen Firmen alle Ein- und Ausfuhren in bzw. aus dem EU-Zollgebiet im Voraus elektronisch anmelden. Angesichts der zentralen Lage unseres Landes und der engen wirtschaftlichen Verflechtung hätte sich dies sowohl für Unternehmen in der Schweiz als auch für Firmen im EU-Raum, die Güter in und durch die Schweiz transportieren, negativ ausgewirkt. Zur Illustration: 41 Prozent der Exporte und 59 Prozent der Importe entfallen allein auf unsere vier direkt benachbarten EU-Staaten. Täglich passieren rund 23'000 LKWs die Grenze.

Am 24. März 2009 konnten die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die Anpassungen des Güterverkehrsabkommens abgeschlossen und der Vertragstext paraphiert werden. Die beiden Seiten anerkennen gegenseitig die Gleichwertigkeit ihrer Sicherheitsstandards im Zollbereich. Dadurch entfällt die Vorausanmeldepflicht im bilateralen Warenverkehr. Eine Beeinträchtigung des Warenverkehrs kann so vermieden werden, was die Wirtschaft klar begrüsst. In einem nächsten Schritt müssen der EU-Ministerrat und der Bundesrat das Abkommen zur Unterzeichnung genehmigen. Es soll anschliessend ab dem 1. Juli 2009 provisorisch angewendet werden.

Das geänderte Güterverkehrsabkommen erfordert jedoch auch gewisse Anpassungen:

- Die Schweiz wird im direkten Warenhandel mit Nicht-EU-Staaten eine Vorausanmeldepflicht und Risikoanalysen einführen. Dies betrifft Luftfracht und Sendungen, die für Nicht-EU-Staaten bestimmt sind und auf dem Landweg im Transit durch die EU versandt werden.
- Die Schweiz schafft einen sogenannten „Authorized Economic Operator AEO“-Status für Firmen, die gewisse Anforderungen erfüllen und dadurch von Erleichterungen bei Sicherheitskontrollen profitieren können.

Diese neuen Massnahmen sind unumgänglich und können mit Mehraufwand verbunden sein. economiesuisse engagiert sich auch in der Phase der Umsetzung weiterhin für die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Exportindustrie.

Weitere Informationen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch

Bahn 2030 – Wirtschaft schlägt neues Finanzierungskonzept vor



15.04.2009 16:00

Das Eisenbahnnetz wird weiter ausgebaut. Für die Bahn 2030 sind Investitionen bis 21 Mrd. Franken angekündigt. Damit sinnvolle Projekte zeitgemäss finanziert und realisiert werden können, schlägt economiesuisse ein neues Finanzierungskonzept vor.

Der Investitionsbedarf im Schienenverkehr steigt weiter. Doch wer soll den teuren Ausbau finanzieren? Bisher stand einzig die Weiterführung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) zur Diskussion. Doch der Fonds ist überlastet und kann in den nächsten Jahren nicht mit zusätzlichen Projekten belastet werden. Für economiesuisse ist das kein gangbarer Weg. Zudem wirkt eine Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Verkehr vorwiegend durch Strassenabgaben verzerrend und ist intransparent. Heute führt die Zweckentfremdung dazu, dass von den Strassenabgaben jährlich über 4 Mrd. Franken nicht dem Strassenverkehr zugutekommen. Hinzu kommt, dass gemäss Bundesrat in der bisher gesunden Strassenfinanzierung schon bald Lücken entstehen werden.

Um die Infrastrukturfinanzierung von Strasse und Schiene nachhaltig zu sichern, ist deshalb ein neues, zukunftsweisendes Finanzierungskonzept erforderlich. Dafür braucht es einen Paradigmenwechsel, hin zu einem verursachergerechteren und transparenten Modell. Auf dieser Basis lässt sich die Bahn 2030 wie folgt finanzieren:

- Mitfinanzierung der Kantone (220 bis 440 Mio. Franken): Kantone leisten künftig einen Finanzierungsbeitrag, der dem Nutzen, den sie aus dem Projekt haben, entspricht. Dies macht Sinn, da in Zukunft vorwiegend in den nationalen und regionalen – und nicht mehr in den internationalen – Personenverkehr investiert wird. Dies geht mit einem Mitbestimmungsrecht der Kantone einher.
- Beitrag der Bahnunternehmen (300 bis 400 Mio. Franken): Heute beträgt der Eigenfinanzierungsgrad des öffentlichen Verkehrs knapp 50 Prozent. Dieser soll mittels strategischer Optimierungen, einer Trassenpreisreform, Ausschreibungen usw. erhöht werden. In Ergänzung dazu ist eine Erhöhung der Billettpreise – als Infrastrukturzuschlag und Entschädigung des verbesserten Angebots – denkbar.
- Beitrag des Bundes (300 bis 400 Mio. Franken): Der FinöV-Fonds soll wie ursprünglich beabsichtigt nach Fertigstellung der damit finanzierten Grossprojekte aufgelöst werden. Danach kann der Bund direkt Mittel für den Ausbau von Schieneninfrastrukturen budgetieren.

Mit diesem verursachergerechteren und transparenten Finanzierungskonzept sind bereits ab 2017 Investitionen bis zu 840 Mio. Franken möglich, also wesentlich früher, als das über eine Weiterführung des FinöV-Fonds der Fall wäre. Nach Rückzahlung des Fonds wären inklusive Mitfinanzierung des Bundes noch höhere Investitionen möglich. Gleichzeitig wäre die Strassenfinanzierung auch ohne die vom Bundesrat in Aussicht gestellte Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags von 22 Rappen langfristig gesichert.

Weitere Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch



Vernehmlassungsantwort



Appell der ICC an die G-20: Wehret dem Protektionismus

15.04.2009 16:00

Um die Weltfinanzkrise zu überwinden, müssen alle Länder den wachsenden protektionistischen Druck entschlossen bekämpfen und die multilaterale Zusammenarbeit vertiefen.

ICC Switzerland hat sich immer für den freien internationalen Handel und Investitionen eingesetzt. Für die ICC ist der Handel das Lebenselixir der Weltwirtschaft.

Am 12. März 2009 schilderte ICC-Präsident Victor Fung in einem Gespräch mit dem britischen Premierminister Gordon Brown die Sicht der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft zur derzeitigen Krise.

Laut dem IWF wird der Welthandel in diesem Jahr erstmals seit 1982 erheblich schrumpfen. Die ICC empfiehlt dem IWF und den Regierungen nachdrücklich, die Finanzierungen und die Exportkreditgarantien zu erhöhen. Diese Massnahmen sind unerlässlich, um den Handel wieder anzukurbeln.

Die ICC fordert zudem, den Wirtschaftsnationalismus auf allen Ebenen zu bekämpfen: Jede solche Anwendung verschärft die Arbeitslosigkeit und verlängert die aktuelle Rezession. Geld in den Wirtschaftskreislauf zu bringen ist wesentlich, es dürfen aber keine undichten Stellen für Protektionismus auftreten.

Die ICC betont nachdrücklich, dass die globale Zusammenarbeit das multilaterale System stärken und endlich die Doha-Runde abschliessen soll. Bis neues Vertrauen entsteht, muss noch ein weiter Weg zurückgelegt werden.

Ausserdem müssen die Verantwortungsträger ihre Agenda einhalten und die anlässlich der letzten G-20-Konferenz abgegebenen Versprechen erfüllen. Kurz nach dem Gipfel von November 2008 kündigten nämlich mehrere Länder Massnahmen zum Schutz ihrer nationalen Industrien an und vergassen dabei völlig, was sie erst einige Tage vorher versprochen hatten.

Weitere Informationen:

thomas.pletscher@economiesuisse.ch